

Konkurrenz, Konzentration und Regulierung in der Medienindustrie

1 Problemstellung

Ziel meines Beitrags ist es, einen *erklärenden Zusammenhang* von Konkurrenz, Konzentration und Regulierung im Mediensektor als einen regelmäßig *phasenhaft* fortschreitenden *Prozess* aufzuzeigen. Dieser verläuft der aufgrund der privatwirtschaftlichen Organisationsform der Medienunternehmen im Zusammenwirken mit staatlicher Regulierungspolitik im Rahmen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems weitgehend *zwangsläufig*. Dieser wissenschaftliche Ansatz dient – unter Zugrundlegung vergleichbarer kritischer Konzentrationstheorien in den Wirtschaftswissenschaften (Huffschmid 1970, 1994, 2000; Kisker 1999, 2000) – der Entwicklung einer *kritisch-empirischen Medienkonzentrationstheorie* in der Kommunikationswissenschaft, die an die Stelle der verschiedenen apologetisch-normativen wirtschaftswissenschaftlichen Wettbewerbstheorien treten soll.

Kennzeichen einer derartigen Medienkonzentrationstheorie ist es, dass hierbei Konzentration – im *Gegensatz* zu den Wettbewerbstheorien – als *wesentliches Strukturmerkmal* der privatwirtschaftlich organisierten Medienproduktion betrachtet wird. Die *reale* ökonomische Konkurrenz zwischen Medienunternehmen und deren daran ausgerichtete ökonomische *Konkurrenzstrategien* werden dabei als *systematische Ursache* für Konzentrationsprozesse gesehen. Folglich wird die konkurrenzbedingte Kapital- und Marktkonzentration als *Regelfall* erkannt und *nicht* – wie es in wirtschaftswissenschaftlichen Wettbewerbstheorien behauptet wird – als vermeidbarer *Ausnahmefall*. Diese – meines Erachtens wissenschaftlich sehr fundierte – Sichtweise hat schon vor vielen Jahren insbesondere Axel Zerdick (1980) in die kommunikationswissenschaftliche Diskussion eingebracht.

Ökonomische und publizistische Konzentration im Mediensektor werden in diesem Kontext als *Ziel* und *Ergebnis* von *ökonomisch existenznotwendigen Konkurrenzstrategien* der Medienunternehmen charakterisiert, die zielgerecht zur systematischen Beschränkung (Oligopol) bzw. Ausschaltung (Monopol) von Wettbewerb führen. Dieser Prozess verläuft insofern regelmäßig phasenhaft, als der jeweils auf einer bestimmten Stufe erreichte (Kapital- und Markt-)Konzentrationsgrad Ausgangspunkt für erweiterte Konkurrenzstrategien mit dem Ziel und Ergebnis einer erweiterten Konzentration ist, die international zunehmend mittels strategischer Allianzen (Knoche 2001b), Joint Ventures etc. realisiert wird. Staatliche Regulierungspolitik wirkt in diesem Zusammenhang

größtenteils sowohl als *nationale Konzentrationsförderungs politik*, die als Standort- und Industriepolitik zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auch als *Konzentrationslegitimierungspolitik* betrieben wird.

2 Ursachen der Medienkonzentration

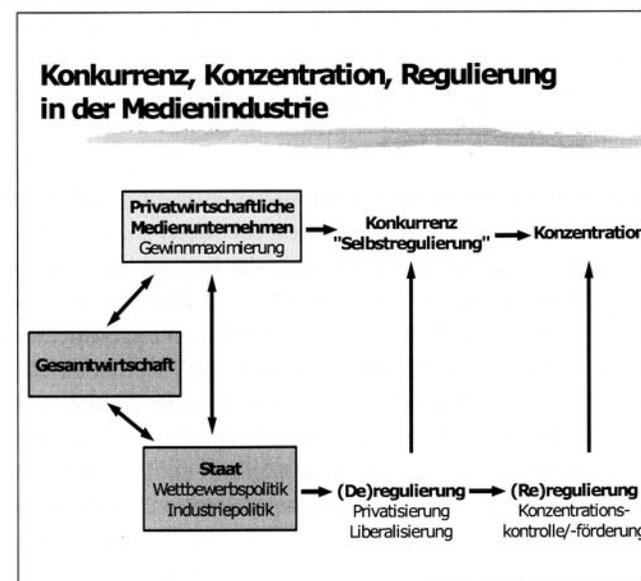
Die Frage nach den Ursachen der Medienkonzentration ist sowohl unter der Zielsetzung einer *konzentrationsbehindernden* als auch einer *konzentrationsfördernden* Regulierungspolitik von entscheidender Bedeutung. Ohne Kenntnis der realen, empirisch belegbaren Ursachen der Medienkonzentration könnten wohlmeinende Konzentrationsbekämpfer Regulierungen vorschlagen bzw. vornehmen, die Konzentration nicht verhindern können. Und überzeugte Konzentrationsförderer könnten Regulierungen vornehmen, die die Konzentration nicht wie gewünscht fördern können. Ich habe den Eindruck, dass in der Realität eher die Konzentrationsförderer eine ursachengerechte erfolgreiche Regulierungspolitik betreiben. Auch sehe ich bei den Konzentrationsbekämpfern viele, die die Ursachen zu kennen scheinen und *gerade deshalb* erfolgreich eine nicht ursachengerechte, ungeeignete Regulierungspolitik betreiben, weil sie nur *zum Schein* Konzentrationsbekämpfer sind, in Wirklichkeit aber Konzentration billigen oder sogar fördern. Die wenigen, die ursachengerechte Regulierungen zur Bekämpfung von Konzentration fordern oder vorschlagen, können im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kaum auf Realisierungschancen hoffen.

Als *strukturelle ökonomische Ursachen* für die Konzentrationsaktivitäten der Medienunternehmen können das *private Eigentumsprinzip*, das *Profitprinzip* und das *Konkurrenzprinzip* benannt werden. Diese bewirken die Konkurrenzstrategien mit dem Ergebnis der ökonomischen und publizistischen Konzentration (Abb. 1). Damit eng verbunden wirken zusätzlich als Ursachen von Seiten der Politik die *Privatisierungs-, Deregulierungs- und Konzentrationsförderungs politik*, die in weitgehender Interessensübereinstimmung von Staat und Medienwirtschaft betrieben wird. Beeinflusst wird die staatliche Regulierungspolitik durch die reale Konkurrenz- und Konzentrationsentwicklung in der Art, dass sie in der Regel entweder nur auf „vollendete Tatsachen“ der Konzentration nachträglich *legitimierend* reagiert oder sich als *Förderer* der weiteren Konzentration betätigt.

Dabei steht der Staat einerseits hauptsächlich unter dem starken Druck der Konzentrationsziele von branchen- und marktbeherrschenden *Großunternehmen*, die als Garanten der nationalen wirtschaftlichen Prosperität und des Wachstums gelten. Andererseits steht er unter dem schwächeren Druck der Forderungen nach Marktöffnung und Förderung *kleiner und mittelständischer Unternehmen*. Mit der *Deregulierungspolitik* der *Liberalisierung* (Marktöffnung für privatwirtschaftliche Unternehmen) und der *Privati-*

sierung von staatlichen Unternehmen kann er beiden Interessengruppen gerecht werden: Für die Großunternehmen bietet dies die Möglichkeit, ihre erweiterten Konzentrationsziele zu erreichen. Dass mittelständische Unternehmen – wegen der weitgehenden Wirkungslosigkeit der *Reregulierung* (als Konzentrationskontrolle) – über kurz oder lang Konzentrationsopfer werden, ist dann nicht mehr Sache der Regulierungspolitik, sondern Folge der vor allem von den Großunternehmen vehement geforderten „Selbstregulierung des Marktes“.

Abb. 1



Jörn Kruse sieht als Ursache für Medienkonzentration insbesondere im Rundfunksektor weniger die wettbewerblichen Marktmechanismen als vielmehr die politischen Entscheidungen. Er stellt angesichts der Dominanz von zwei Unternehmensgruppen im deutschen Fernsehmarkt fest: „Die wirtschaftliche Konzentration hat hier also nichts mit marktlichen Konzentrationstendenzen zu tun, sondern fast ausschließlich mit der konkreten Lizenzierungspolitik, und wäre entsprechend vermeidbar gewesen. Die Gründe liegen vor allem auf der politischen Ebene.“ (Kruse 1996: 50)

Ich stimme mit ihm zwar in der Einschätzung überein, dass die Lizenzierungspolitik eine der Ursachen für die beobachtbaren Konzentrationsprozesse ist. Aber ich verstehe nicht, wie er als Wirtschaftswissenschaftler zu dieser Geringschätzung der Bedeutung der „wettbewerblichen Marktmechanismen“ kommt, obwohl er doch selber in seinem Beitrag die marktbedingten Konzentrationsursachen ausführlich darstellt. Indem auf

diese Weise der Staat als Regulierer als „Hauptschuldiger“ für die Medienkonzentration gemacht wird, werden zwei meines Erachtens realitätsgerechtere wissenschaftliche Erklärungsansätze vernachlässigt:

- Zum einen die unübersehbare reale Dominanz ökonomischer, d. h. wettbewerblich-marktmäßiger Konzentrationsursachen in der gesamten Wirtschaft, das bedeutet: Konzentration wird nicht verhindert durch eine andere Lizenzierungspolitik mit der Zulassung von „mehr Wettbewerbern“.
- Zum anderen fehlt der Erklärungsansatz, dass die regulierungsbedingten Konzentrationsursachen (wie auch die von Kruse kritisierte Nicht-Verschärfung der Fusionskontrolle) nicht aufgrund losgelöster „politischer Entscheidungen“ wirksam sind, sondern dass diese Regulierungspolitik in enger Koordination mit den Interessen der Medienwirtschaft, insbesondere repräsentiert von den Großunternehmen, betrieben wird.

Die Geschichte der von Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern entwickelten Wettbewerbstheorien in Form von normativen wettbewerbsspolitischen Leitbildern (Abb. 2) kann im wesentlichen als eine Geschichte der Entwicklung von Konzentrations-Rechtfertigungs-Theorien nachgezeichnet werden, die ihre Kennzeichnung als „Wettbewerbsideologien“ nahe legen (Knoche 1999b: 131ff.). Die Geschichte der Wettbewerbstheorien ist auch eine Geschichte der Anpassung der Theorien an die jeweiligen Konzentrationsrealitäten unter Aufrechterhaltung des Prinzips Wettbewerb als positivem Leitbild (Knoche 1978: 190ff.). In diesen Kontext fügt sich auch die Propagierung der Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein, die heute „Evangeliem der Wirtschaftstheorie und Joker jeder wirtschaftspolitischen Diskussion (ist)“ (Huffschmid 1992: 97).

Abb. 2



Es lassen sich vier Etappen der Leitbild-Entwicklung mit entsprechenden wettbewerbsspolitischen Leitbildern als Prozess der Legitimierung von wachsenden Konzentrationsgraden der Wirtschaft und darauf bezogener zunehmender aktiver Konzentrationsförderungs politik (Knoche 1996) des Staates feststellen (Abb. 2):

- Leitbild des *vollkommenen* Wettbewerbs (Polypol) mit der Funktionszuweisung für den Staat, nur *Rahmenbedingungen* für den Wettbewerb bereitzustellen,
- Leitbild des *unvollkommenen* Wettbewerbs mit der Funktionszuweisung für den Staat, *reaktiv einzelfallorientiert bei Missbrauch* von Wettbewerbsbeschränkungen einzugreifen und die *Kooperation* von Unternehmen zu fördern,
- Leitbild des *funktionsfähigen* Wettbewerbs (Oligopol) mit der Funktionszuweisung für den Staat, durch *globale Wachstumspolitik* aktiv Konzentrations-förderungs politik zu betreiben,
- Leitbild des *potentiellen* Wettbewerbs, der Wettbewerbsfähigkeit (strategische Allianz) sowie der *bestreitbaren Märkte* mit der Funktionszuweisung für den Staat, durch Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aktiv globale Konzentrationsförderungs politik zu betreiben.

Das Gemeinsame dieser Leitbilder ist, dass sie allesamt im Kontext von Theorien des Liberalismus entwickelt wurden, allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen des Alt-, Neo- oder Ordo-Liberalismus. Das Gemeinsame besteht auch darin, dass Wettbewerb

grundsätzlich – wie ich finde: wenig realitätsgerecht – *axiomatisch als positiv* für die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung und damit als erstrebenswert propagiert wird. Die Theorien unterscheiden sich jedoch darin, in welchem Maße sie geeignet sind, bestimmte Grade an Unternehmens- und Markt-Konzentration als *notwendig* für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung darzustellen und damit Konzentrationsförderungs politik des Staates zu *legitimieren* (Knoche 1978: 232ff.).

Hierzu kann man eine immanente Entwicklung von neoliberaler Wettbewerbstheorie beobachten, weg von der „naiven“, allzu sehr realitätsfernen „altliberalen“ Theorie des vollkommenen Wettbewerbs und weg vom von Unternehmerseite als störend empfundenen Antimonopolismus der Ordoliberalen, hin zu wachstums- und global-steuerungsorientierten Theorien des funktionsfähigen Wettbewerbs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die sich vorübergehend auch an die von Keynes kreierte „Neue Wirtschaftslehre“ anlehnten (Welteke 1976: 88ff., 131ff.). Inzwischen werden auch Ansätze einer Neuen Institutionenökonomik (Transaktionskostenökonomik) herangezogen, um strategische Allianzen als Mittel der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen positiv zu bewerten (Fiebig 1996: 174f.).

In Weiterentwicklung des schon seit den 70er Jahren in Deutschland vorherrschenden Konzepts des *funktionsfähigen Wettbewerbs* (Knoche 1978: 198ff., 229ff.; Herdzina 1999: 33ff.) und auf der Basis des wirtschaftstheoretisch und -politisch vorherrschenden Neoliberalismus werden Konzentrationsprozesse zunächst auf nationaler Ebene in Übereinstimmung mit den Interessen der beteiligten Unternehmen als notwendig und vorteilhaft für die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Medienkonzernen erachtet. Im Grunde wird damit – wie empirisch unschwer zu belegen ist (Hachmeister/Rager 2000) – die *Konzentrationsfähigkeit* der Unternehmen gefördert, indem die angeblich geförderte Wettbewerbsfähigkeit als Mittel eingesetzt wird, um im internationalen Konkurrenzkampf zu gewinnen, d. h. Konkurrenten auszuschalten. Daran orientierte Regulierungspolitik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ist also generell eine Politik zur Verminderung bzw. partiellen Ausschaltung des Wettbewerbs (Huffschmid 1992: 104f.).

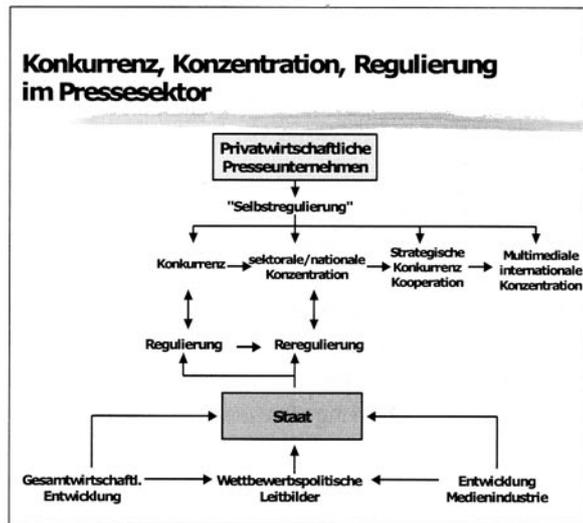
3 Staatliche Regulierungspolitik und Selbstregulierung des Kapitals

Das Verhältnis von Staat und Kapital ist generell durch eine Ökonomisierung der Politik (Knoche 1996, 1999a und 1999c) mit einer engen Verflechtung von Politik und Ökonomie bestimmt. Die Politik orientiert sich an ökonomischen „Zwängen“ des Kapitals, insbesondere hinsichtlich technologischer und wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. In diesem Kontext haben Deregulierungs- und (Re-) Regulierungsmaßnahmen des Staates in der gesamten Wirtschaft einen besonderen Stellenwert:

- Erstes Stadium: *Deregulierung* von Seiten des Staates durch Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen (sogar, wenn erforderlich, durch Änderung des Grundgesetzes) für die *Privatisierung* staatlicher oder öffentlich-rechtlicher Unternehmen bzw. die Zulassung von privatwirtschaftlichen Unternehmen (duales System) sowie für die „Befreiung“ des Kapitals von Gesetzen und Verordnungen, die das Kapital als unzulässige Einschränkung seiner wirtschaftlichen Freiheiten ansieht und deshalb oftmals als „Bürokratisierung“ brandmarkt.
- Zweites Stadium: *Selbstregulierung* hauptsächlich durch die Großkapitale mit Hilfe eines wettbewerbsbeschränkenden Marktverhaltens mit dem Ziel der Marktbeherrschung.
- Drittes Stadium: *(Re-)Regulierung* von Seiten des Staates, ebenfalls durch Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen, mit dem Ziel, die Verwertungsbedingungen des marktbeherrschenden Kapitals durch eine „Marktordnung“ und gezielte Förderungsmaßnahmen risikomindernd mittel- bis langfristig abzusichern.

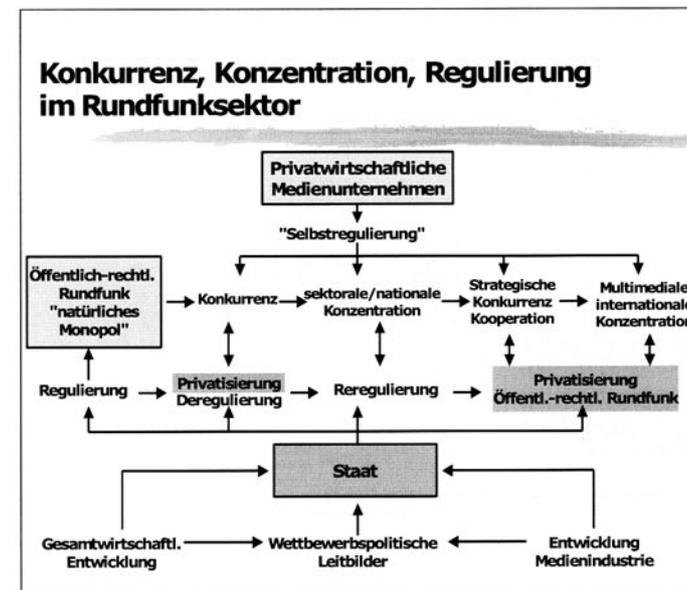
Für den Pressesektor (Abb. 3) entfällt bekanntlich die Phase der Deregulierung, weil es in diesem Sektor noch niemals öffentlich-rechtliche Unternehmen gab. Wichtig erscheint mir der Hinweis, dass staatliche Regulierung im Mediensektor stets beeinflusst wird von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Entwicklung der Medienindustrie und der darauf basierenden wettbewerbspolitischen Leitbilder.

Abb. 3



Im Rundfunksektor (Hörfunk und Fernsehen) ist dagegen die Liberalisierung, das heißt die Zuteilung von Lizenzen an privatwirtschaftliche Unternehmen, ein wesentliches Kennzeichen der Deregulierung (Abb. 4). Eine zusätzliche Privatisierung öffentlich-rechtlicher Rundfunkunternehmen, wie im Ausland zum Teil schon praktiziert und vom VPRT in Deutschland für das ZDF gefordert, wäre eine konsequente Fortsetzung dieser Deregulierungspolitik. Erkennbar gefördert wird in jedem Fall – durch Deregulierung, Reregulierung und Selbstregulierung – die sektorale nationale Konzentration und die multimediale internationale Konzentration der Medienindustrie.

Abb. 4



Die staatliche Deregulierungspolitik im Telekommunikationssektor ist insofern Ausdruck eines grundlegenden Strukturwandels des Kapitalismus (Knoche 1999a: 181f.), als damit die bislang in Westeuropa noch bestehenden mixed economies (staatliches Eigentum an Produktionsmitteln als Korrektiv zum privatwirtschaftlichen Eigentum) radikal in eine privatwirtschaftliche Ökonomie umgewandelt werden. Privatisiert werden staatliche Unternehmen, die bislang selbst von den neoklassischen Wirtschaftswissenschaften als „natürliche Monopole“ anerkannt waren. Im Telekommunikationssektor vollzieht sich diese Privatisierung in zwei Schritten: zunächst Privatisierung mit staatlichem Eigentum, danach vollständige Privatisierung (Abb. 5). Zusammen mit der auch hier wirksamen Selbstregulierung der privaten Unternehmen bilden sich anstelle der ursprünglichen nationalen staatlichen Monopole internationale private Monopole bzw. Oligopole.

Abb. 5



4 Fazit: Wirkungsmechanismen des kapitalistischen Konkurrenz- und Konzentrationsprozesses

In der Sichtweise einer Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie ist der Konzentrationsprozess des Kapitals *nicht* – wie in der Sicht wirtschaftswissenschaftlicher Wettbewerbstheorien – eine verhinderbare ausnahmsweise Fehlentwicklung der Wirtschaftsordnung, sondern eine *systemimmanente*, aus der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise und dem Akkumulationsprozess des Kapitals notwendig folgende Entwicklung (Aufermann/Lange/Zerdick 1973: 246; Altvater 1999: 150ff.). Die Wirkungsmechanismen des kapitalistischen Konkurrenz- und Konzentrationsprozesses sind wirtschaftlich und gesellschaftlich sehr weitreichend (Abb. 6).

Abb. 6



Der kapitalistische Wirtschaftsprozess wird auch in der Medienindustrie vom Gewinnstreben und der Konkurrenz der Unternehmen sowie den unausweichlichen, zyklisch auftretenden wirtschaftlichen Krisen gesteuert. Die industrielle Mehrwertproduktion auf der Basis von konstantem Kapital (den Produktionsmitteln) und variablem Kapital (den Arbeitskräften) führt dabei – mit Hilfe staatlicher Regulierungs- und Deregulierungspolitik – zwangsläufig zu Konzentrationsprozessen. Konzentration vollzieht sich in zwei Formen: erstens als Akkumulation durch produktive Verwandlung von Mehrwert in Kapital und zweitens als Zentralisation durch Zusammenfassung bereits gebildeter Kapitale. Marx (1970: 650ff.) beschreibt Konzentration nicht als einen linearen oder zyklischen Wachstumsprozess, sondern als einen widersprüchlichen Prozess der Vernichtung und Zusammenfassung von Kapital, als wechselwirkenden Prozess von Konkurrenz *und* Konzentration, d. h. als Ausschaltung der Konkurrenz durch Konzentration und Wiederkehr der Konkurrenz in verschärfter Form auf einer höheren Stufe der Konzentration. Mit dem Fortschreiten der Zentralisation des Kapitals und der damit prinzipiell verschärften Konkurrenz kommen zwischen den damit entstehenden Oligopolen verstärkt *konkurrenzmindernde* Maßnahmen wie Absprachen, Kooperation, Strategische Allianzen, Produktions- und Marktaufteilungen zum Einsatz.

In der Sicht der Kritik der politischen Ökonomie der Medien (Knoche 2001a) interessieren hinsichtlich der Konzentrationsproblematik weniger die Folgen für die Wettbewerbsbeziehungen der konzentrierten Kapitale untereinander oder ihrer internationalen „Wettbewerbsfähigkeit“, sondern z. B. die Auswirkungen auf die Arbeitsmöglichkeiten und -verhältnisse der abhängig Arbeitenden, auf deren Befriedigung von Lebensbedürfnissen durch Produktion und Verteilung von Gütern sowie auf die Entwicklung des ideologischen und realen Machtzusammenhangs des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Im Verlaufe des Konkurrenz- und Konzentrationsprozesses werden technische Innovationen entwickelt und eingesetzt, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dies hat schwerwiegende Folgen für die Arbeitskräfte und das soziale System: Es kommt einerseits zu radikalen Umverteilungen von Arbeit und damit zu Veränderungen der Branchen- und Industriestrukturen (wie man beim aktuellen Strukturwandel in der Medienindustrie unschwer erkennen kann); andererseits werden massenweise Arbeitskräfte freigesetzt, die als arbeitslose „Reservearmee“ der Senkung des Lohnniveaus dienen und das soziale System belasten; schließlich kommt es für die Arbeitskräfte in den Unternehmen zur Intensivierung der Arbeit und zu „prekären“ Arbeitsverhältnissen (z. B. ohne tarifvertragliche Absicherung), durch die ebenfalls Druck auf das Lohnniveau ausgeübt wird. Die „Gegenwehr“ von Arbeitnehmerorganisationen und die Kompensationsmöglichkeiten des Sozialstaates sind aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse nur schwach ausgeprägt. Die Spirale der Mehrwertproduktion und Konzentration mit dem ständigen Zwang zur Ausweitung bzw. „Umschichtung“ der Güterproduktion führt in einer globalisierten Weltökonomie zur Spaltung der Gesellschaften in Form einer extremen Ungleichverteilung von Reichtum, Arbeit und Lebensbedingungen, verbunden mit immensen Ökologie-Problemen.

Mein Fazit hinsichtlich der Frage nach einer „effizienten Medienregulierung“ lautet deshalb folgendermaßen:

- Weder wirtschaftswissenschaftliche Ansätze einer apologetischen normativen Wettbewerbstheorie,
- noch eine daran orientierte staatliche Regulierungspolitik,
- noch soziologisch-politikwissenschaftliche Ansätze einer ebenso apologetischen systemtheoretischen Steuerungstheorie mit Vorschlägen zu einer „Selbstregulierung“ oder „regulierten Selbstregulierung“

können nach meinem Kenntnisstand zu einer realitätsgerechten „effizienten Medienregulierung“ und damit zur Lösung der mit der Medienkonzentration verbundenen gesellschaftlichen Probleme beitragen.

Da – wie gezeigt – die ökonomische Konkurrenz privatwirtschaftlicher Medienunternehmen mit Gewinnmaximierungsziel systematisch unternehmenszielgerecht und systemgerecht zu Konzentration führt, müsste eine „effiziente Medienregulierung“ das Gegenteil von dem tun, was gegenwärtig staatliche Medienregulierung besonders kennzeichnet. Sie dürfte sich gerade *nicht* auf Privatisierung und Wettbewerbsförderung konzentrieren, sondern sie müsste staatliche, öffentlich-rechtliche und nicht-kommerzielle Institutionen fördern und in der Weise nach demokratischen Kriterien regulieren, dass die Erreichung des weitgehend anerkannten gesellschaftspolitischen Ziels des publizistischen Wettbewerbs und der publizistischen Vielfalt möglich wäre. Ich bin mir bewusst, dass einer derartigen effizienten Regulierung mit Macht ausgestattete wirtschaftliche und politische Interessen entgegenstehen. Eine Veränderung dieser Machtverhältnisse, die gegenwärtig nicht als möglich erscheint, wäre also die Voraussetzung für eine effiziente Medienregulierung.

Literatur

- Altwater, E.* (1999): Kapital.doc, in: ders./Hecker, R./Heinrich, M./Schaper-Rinkel, P. (Hrsg.): Kapital.doc: Das Kapital (Bd. 1) von Marx in Schaubildern mit Kommentaren. Münster, S. 12-187.
- Aufermann, J./Lange, B.-P./Zerdick, A.* (1973): Pressekonzentration in der BRD: Untersuchungsprobleme, Ursachen und Erscheinungsformen, in: ders./Bohrmann, H./Sülzer, R. (Hrsg.): Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation I. Frankfurt a.M., S. 242-302.
- Fiebig, A.* (1996): Strategische Allianzen und ihre Herausforderungen an das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union. Frankfurt, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien.
- Hachmeister, L./Rager, G.* (Hrsg.) (2000): Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt. Jahrbuch 2000. München.
- Herdzina, K.* (1999): Wettbewerbspolitik. 5. vollst. überarb. Aufl. Stuttgart.
- Hufschmid, J.* (1970): Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Frankfurt a.M..
- Hufschmid, J.* (1992): Wettbewerb oder Wettbewerbsfähigkeit? Brisante Wandlung eines wirtschaftspolitischen Imperativs, in: Schikora, A./Fiedler, A./Hein, E. (Hrsg.): Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker. Marburg, S. 97-110.
- Hufschmid, J.* (1994): Wem gehört Europa? Wirtschaftspolitik und Kapitalstrategien. Bd. 2: Kapitalstrategien in Europa. Heilbronn.

- Huffschmid, J.* (2000): Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals – Aktuelle Tendenzen, in: Schui, H./Spoo, E. (Hrsg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, 3. aktualisierte Aufl. Heilbronn, S. 62-70.
- Kisker, K. P.* (1999): Kapitalkonzentration, Monopolisierung, Monopoltheorie – theoriegeschichtliche und aktuelle Aspekte, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung (10), Nr. 39, S. 64-74.
- Kisker, K. P.* (2000): Kapitalkonzentration und die Rolle des Staates im Zeitalter der Globalisierung, in: Bischoff, J./Boccarda, P./Zinn, K. G. et al. (Hrsg.): Die Fusionswelle. Die Großkapitale und ihre ökonomische Macht. Hamburg, S. 75-99.
- Knoche, M.* (1978): Einführung in die Pressekonzentrationsforschung. Theoretische und empirische Grundlagen – Kommunikationspolitische Voraussetzungen. Berlin.
- Knoche, M.* (1996): Konzentrationsförderung statt Konzentrationskontrolle. Die Konkordanz von Medienpolitik und Medienwirtschaft, in: Mast, C. (Hrsg.): Markt – Macht – Medien. Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen. Konstanz, S. 105-117.
- Knoche, M.* (1999a): Das Kapital als Strukturwandler der Medienindustrie – und der Staat als sein Agent? Lehrstücke der Medienökonomie im Zeitalter digitaler Kommunikation, in: ders./Siegert, G. (Hrsg.): Strukturwandel der Medienwirtschaft im Zeitalter digitaler Kommunikation. München, S. 149-193.
- Knoche, M.* (1999b): Medienkonzentration und publizistische Vielfalt. Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems, in: Renger, R./Siegert, G. (Hrsg.): Kommunikationswelten. Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft, 2. korrigierte Aufl. Innsbruck, Wien, S. 123-158.
- Knoche, M.* (1999c): Zum Verhältnis von Medienpolitik und Medienökonomie in der globalen Informationsgesellschaft, in: Donges, P./Jarren, O./Schatz, H. (Hrsg.): Globalisierung der Medien? Medienpolitik in der Informationsgesellschaft. Opladen, Wiesbaden, S. 89-106.
- Knoche, M.* (2001a): Kapitalisierung der Medienindustrie aus politökonomischer Perspektive, in: Medien & Kommunikationswissenschaft (49), Nr. 2, S. 177-194.
- Knoche, M.* (2001b): Die Folgen globaler Multimedien-Unternehmensallianzen, in: Hassebrink, U./Matzen, Ch. (Hrsg.): Forschungsgegenstand Öffentliche Kommunikation. Funktionen, Aufgaben und Strukturen der Medienforschung. Baden-Baden, Hamburg, S. 81-97.
- Kruse, J.* (1996): Publizistische Vielfalt und Medienkonzentration zwischen Marktkräften und politischen Entscheidungen, in: Altmeyen, K.-D. (Hrsg.): Ökonomie der Medien und des Mediensystems. Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung. Opladen, S. 25-52.
- Marx, K.* (1970): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1. (MEW Bd. 23). Berlin.

- Welteke, M.* (1976): Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft. Einführung in die politische Ökonomie der BRD. Frankfurt, New York.
- Zerdick, A.* (1980): Konkurrenzstrategien als Ansatz für die Erfassung ökonomischer und publizistischer Konzentration, in: Klaue, S./Knoche, M./ders. (Hrsg.): Probleme der Pressekonzentrationsforschung. Ein Experten-Colloquium an der Freien Universität Berlin. Baden-Baden, S. 203-212.

<p>Schriften zur Medienwirtschaft und zum Medienmanagement</p> <p>herausgegeben von Prof. Dr. Mike Friedrichsen Prof. Dr. Martin Gläser</p> <p>Band 4</p>

Prof. Dr. Mike Friedrichsen /
Prof. Dr. Wolfgang Seufert (Hrsg.)

Effiziente Medienregulierung

Marktdefizite oder Regulationsdefizite?



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8329-0557-X

1. Auflage 2004

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.